

**Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/65 "Zum Feldlager"
(Aufstellungsbeschluss)****E r l ä u t e r u n g****Anlass der Planung**

Die Stadt Kassel hat das Ziel, kontinuierlich Wohnbauland nachfragegerecht bereitzustellen. Der Flächennutzungsplan weist die Ortsrandflächen von Harleshausen im Bereich ‚Zum Feldlager‘ und ‚Niederfeldstraße‘ für eine Wohnbauentwicklung aus. Die entwicklungsfähigen Flächen im Geltungsbereich des geplanten Bebauungsplans „Zum Feldlager“ befinden sich fast vollständig im Eigentum der Stadt. Ein langjähriges Erbbaurecht läuft zum Jahresende aus. Damit kann eine zügige Umsetzung gewährleistet werden.

Rahmenbedingungen

Begleitend zum Bebauungsplan-Verfahren sollen die Rahmenbedingungen für eine Siedlungsentwicklung bis zum Weg „An den Niederwiesen“ geprüft werden. Das ca. 9 ha große Plangebiet ist ein für die Wohnbauentwicklung der Stadt Kassel wichtiges und hochwertiges Flächenpotenzial. Denkbar sind langfristig etwa 80 – 120 Grundstücke für private Bauwillige.

Die verkehrliche Erschließung soll verträglich, sicher und attraktiv gestaltet werden. Den Belangen der Anwohner der Straße ‚Zum Feldlager‘ kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Ebenso berücksichtigt wird die Rolle der Straße ‚Zum Feldlager‘ als stadtteilübergreifende Fuß- und Radwegverbindung.

Wesentliche Planungsaspekte sind die stadträumliche Einbindung der Grünflächen an der Straße ‚Zum Feldlager‘ und hinter der Straße ‚Im Plutsch‘ und die Ausformung des zukünftigen innerstädtischen Ortsrandes zum Geilebach-Grünzug hin. Ziel ist ein aus der Verbindung von Bauflächen und Freiflächen entstehendes neues Siedlungsgebiet, das nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch für den Stadtteil und die Stadt attraktiv ist. Die Planungsüberlegungen sollen frühzeitig mit dem Stadtteil und den Anliegern erörtert werden.

Der Bebauungsplan „Zum Feldlager“ hat eine Größe von ca. 5 ha. Er ist ein in sich abgeschlossener erster Umsetzungsschritt, mit dem etwa 30 – 40 neue Grundstücke erschlossen werden können. Die bestehende Wohnnutzung soll gesichert werden.

gez.

Spangenberg

Kassel, 8. September 2009